

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 177 / 3. Jahrgang

Frankfurt a. M., 5. Oktober 1949

Seite 1

Ein schlechter Start

Der Regierung der deutschen Bundesrepublik wird der Start wirklich nicht leicht gemacht. War schon die Tatsache der Pfundabwertung an sich eine Erschwerung für das Kabinett Adenauer, so ist die durch eine Entscheidung der Oberkommissare gegen die Auffassung der Bundesregierung erfolgte Festsetzung des Umrechnungskurses der D-Mark gegenüber dem Dollar der ersprießlichen politischen Arbeit recht abträglich. Einmal hatte das Kabinett nach sorgfältiger Prüfung und Beachtung aller nur möglichen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten einen Kurs von 22,5 Cents für die D-Mark beschlossen, der nun von den Hochkommissaren ohne Fühlungnahme mit dem Kabinett auf 23,8 Cents heraufgesetzt wurde, was einer Parität von 4,20 DM für den Dollar entspricht und große Erschwerungen für den deutschen Export mit sich bringt. Bedenklicher aber ist die Form, in der dieses Ergebnis der deutschen Regierung mitgeteilt wurde.

Nach allem, was die Hohen Kommissare uns in guten Worten in der letzten Zeit gesagt haben, insbesondere nach der Rede Francois-Poncet in Mainz, hatte man eine vertrauensvolle Abstimmung der alliierten Ansichten mit denen der deutschen Bundesregierung erwartet. Zwar ist das Recht der Kontrolle der Hohen Kommissare in gewissen Fragen unbestritten, aber es bestehen begründete Zweifel, ob dies auch die Festsetzung des Umrechnungskurses betrifft. Wie dem auch sei, es ist weder für das Ansehen der Demokratie noch für das Ansehen der deutschen Bundesregierung förderlich, wenn in einer solch wichtigen Frage überwiegend ausländische, aber kaum deutsche Wünsche und Interessen berücksichtigt wurden. Die Hohen Kommissare dürften damit ihrer eigenen Aufgabe in Deutschland und der europäischen Zusammenarbeit keinen Dienst erwiesen haben.

Die Neuregelung bedeutet darüber hinaus praktisch eine Einflußnahme indirekter Art auf die deutsche Kohlen- und Eisenwirtschaft mit Bezug auf die Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt. Wenn auch fernerhin auf dem Wege über Umrechnungskurse und ähnliche Manipulationen die alliierten Kommissare das Preisgefüge der deutschen Industrie bestimmen, kann von einer Freizügigkeit nicht mehr die Rede sein, mag man formell noch so sehr von der Freiheit der deutschen Wirtschaft reden. Die Auswirkungen auf die deutsche Zahlungs- und Handelsbilanz kann man sich unschwer vorstellen.

Endlich ist noch ein erschwerender Umstand zu berücksichtigen. Seit Tagen schon ist die Frage des Umrechnungskurses in der Schwebe. Die Folge davon ist eine völlige Stockung der deutschen Wirtschaft, die nicht disponieren kann und erhebliche Summen

an Deviseneinnahmen verloren hat. Außerdem ist in die deutsche Binnenwirtschaft eine beträchtliche Unruhe hineingetragen worden, die das wirtschaftliche Leben hemmt und zu den wildesten Gerüchten und Spekulationen Anlaß gegeben hat. Es ist hohe Zeit, die Dinge endgültig zu klären, und die Hohen Kommissare haben es dem Kabinett, das seit langem über diese Fragen nicht im klaren war, gewiß nicht leicht gemacht. Wir müssen gestehen, daß wir uns die Zusammenarbeit der alliierten und deutschen Stellen doch etwas anders vorgestellt haben, als es bei diesem ersten praktisch gewordenen Beispiel der Fall ist.

Nach der Erklärung der Bundesregierung, keine Preiserhöhungen von importierten Grundlebensmitteln im Zusammenhang mit der Pfundabwertung zuzulassen, mußte sie ein zweites Mal eine grundlegende Entscheidung auf dem Gebiete der Preisbildung treffen. Der Bundeskanzler hat die bindende Erklärung abgegeben, die Regierung werde der von den Kommissaren alternativ geforderten Preiserhöhung für Kohle im Inland nicht beistimmen. Diese Entscheidung ist wohlbegründet, denn eine Kohlenpreiserhöhung von 25 Prozent würde die Preise und Löhne im Inland schlagartig in die Höhe treiben und eine nicht gutzumachende Erschütterung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland nach sich ziehen. So gesehen ist die Erklärung der Bundesregierung eine neuerliche weittragende soziale Entscheidung.

Aus der Frage der Festsetzung des Umrechnungskurses ergeben sich abschließend innenpolitische Konsequenzen von großer Tragweite. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat unmittelbar nach der Uebermittlung des alliierten Beschlusses die Vertreter der SPD zu sich gebeten, um sie vertraulich über den Gang der Dinge zu unterrichten, wie dies übrigens für alle Zukunft beabsichtigt ist. Die Aussprache verlief nach Aussage des Bundeskanzlers völlig zufriedenstellend. Hier haben wir das erste Beispiel eines organischen Funktionierens echter Demokratie, das von der Bundesregierung angestrebt wird. Bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen gibt es nach der Meinung des Kanzlers gewisse Probleme, in denen der Unterschied zwischen Regierungspartei und Opposition nicht bleiben kann. Die Fragen mit außenpolitischem Einschlag gehören in erster Linie dazu. Trotz allem Mißvergnügen über diese erste „Zusammenarbeit“ zwischen Alliierten und Deutschen hat es vielfach sein Gutes, daß Regierung und Opposition durch die Verhältnisse geradezu in eine Front gezwungen werden, wenn es sich um die Lösung lebenswichtiger deutscher Fragen handelt.

Berliner Koalitionskrise

Die Krise innerhalb der Berliner Koalition ist schon seit Monaten latent, ob sie akuten Charakter annehmen wird, das müssen die nächsten Wochen entscheiden. Der Landesvorstand der Berliner CDU hat sich zusammen mit der Stadtverordnetenfraktion und den Magistratsmitgliedern über die kommunal-politischen Probleme Berlins beraten. Dabei sind außerordentlich heftige Anklagen gegen die sozialdemokratische Fraktion in Berlin erhoben worden. Es wurde bemängelt, daß die Führer der SPD-Fraktion eine Sprache sprechen, die den Geist der Zusammenarbeit völlig vermissen läßt. Da die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, sind sie an sich in der Lage, eine sozialdemokratische Politik auch in Berlin zu betreiben. Sie scheuen aber vor der alleinigen Verantwortung zurück; sie wollen diese auf die Schultern der beiden nichtsozialistischen Parteien abwälzen, um diese dann als Feigenblatt für die eigene sozialdemokratische Politik zu mißbrauchen.

Die letzten Monate waren in dieser Beziehung reich an Erfahrungen. Unmittelbar nach dem 5. Dezember 1948 haben Angehörige der CDU und der FDP davor gewarnt, in eine Koalition

mit den Sozialdemokraten einzutreten. Damals konnte man noch infolge der Blockade Berlins die außerordentliche Notlage der Stadt geltend machen. Es will aber scheinen, als ob diese Notlage manchmal ein mehr als erwünschtes Motiv ist. Die Politik der Freiheit Berlins ist von allem Parteien mit Ausnahme der SED in gleicher Weise betrieben worden. Nichtsdestoweniger haben die Sozialdemokraten sich das Hauptverdienst dafür zugeschrieben. Es ist bei keinem Gesetz von irgendwelcher Bedeutung gelungen, grundsätzliche Wünsche der CDU durchzusetzen. Erst jetzt hat der Stadtrat für Volksbildung Ausführungsbestimmungen zum Schulgesetz zur Diskussion gestellt, die einen Schlag ins Gesicht der Elternschaft bedeuten. Auch das Beamtengesetz entspricht in keiner Weise den Beamtenwünschen. Es enthält grundsätzliche Unterschiede zu der westdeutschen Regelung, die nicht zuletzt dazu führten, daß fähige Beamten aus Berlin abgewandert sind und nach Westdeutschland gingen. Wenn auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die überbürokratische Planwirtschaft nicht mehr zu halten war, so lag das an der Entwicklung der Verhältnisse und nicht etwa an der sozialdemokratischen Einsicht.

Die sozialdemokratischen Funktionäre haben auch während des letzten Wahlkampfes Sturm gegen die Wirtschaftspolitik des Professor Erhard gelaufen. Die Berliner CDU hat ein ausgezeichnetes Notprogramm aufgestellt, um das sich der Magistrat in keiner Weise bemüht hat. Bei den jetzigen Beratungen ist innerhalb der CDU hervorgehoben worden, daß die Zeit für eine saubere Trennung zwischen Koalition und Opposition noch nicht reif sei. So lange die CDU und FDP in der Berliner Stadtregierung waren, hat man sich nicht um sie gekümmert. Vielleicht interessiert man sich für sie, wenn sie sich demnächst für eine klare Opposition entscheidet.

Jedenfalls können die Dinge nicht so weiter gehen, wie sie bis jetzt gelaufen sind. Die sozialdemokratische Personalpolitik ist rücksichtslos und ohne Beispiel. Bei diesen Zuständen wird

Noch einmal „Programm und Methode“

Wir beschließen heute unsere Aussprache über das Verhältnis der CDU/CSU zu den Gewerkschaften mit einem Beitrag von Assessor Gerhard Ahlbers, Achern in Bayern, und geben damit gerne einem Sprecher der Jungen Union Raum. — Die Redaktion wird in einem abschließenden Artikel zu der erörterten Frage zusammenfassend Stellung nehmen.

Es gibt im politischen Leben gewiß nichts Schädlicheres als ein hinter der Wirklichkeit zurückbleibendes Programm. Noch gefährlicher aber ist ein an der Entwicklung der Dinge vorübergehendes Verhalten. Nach zwei verlorenen Kriegen, deren tiefere Ursachen in einer bemerkenswerten Diskrepanz zwischen den fortgeschrittenen Dingen und dem menschlichen Beharrungsvermögen liegen, dürfte über die unumgängliche Notwendigkeit eines sozialen Ausgleichs in unserem Volke Einmütigkeit herrschen. Dieses „Programm“ ist heute so neu wie vor 25 Jahren, überholt werden könnte es nur durch die Ansätze seiner Erfüllung.

Der soziale Ausgleich ist ein Gebot der Vernunft, denn niemand, der über den eigenen Nutzen des Augenblicks hinausdenkt, wird ernsthaft annehmen wollen, daß eine angestaute Revolution beliebig lange stillhalten werde. Daß ihre Kräfte nicht nur vom Linksradikalismus mißbraucht werden können, haben wir 1933 erlebt.

Der soziale Ausgleich ist ein Gebot der historischen Entwicklung, die über die Gesellschaft des Adels, später des Besitzes in unseren Tagen zur Gesellschaft der Arbeit vorgestoßen ist. Ein Blick über die Grenzen zeigt das weltweite Ausmaß dieses Durchbruches.

Schließlich und nicht zuletzt ist der soziale Ausgleich ein Gebot des christlichen Lebens, das vor den Bezirken der Politik und der Wirtschaft nicht haltmacht. Nur durch ein wahres und tätiges Ja zu der einmal gewordenen Situation wird aus der alle in die Katastrophe ziehenden Revolution eine gesunde Evolution!

In der Zeit zwischen dem Ahlener Programm und den Düsseldorf-Leitsätzen konnte manches geschehen, was allein die Sätze von Ahlen überholt hätte. Hier und da gab es auch einen Anfang. Vor ungefähr einem Jahr gewährte das Badische Betriebsrätegesetz den badischen Arbeitnehmern das volle wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht und bietet damit der deutschen Bundesrepublik das Muster eines modernen Betriebsrechtes. Die badische CDU hatte an diesem von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten erstrebten Fortschritt maßgebenden Anteil. Die Ahlener wie die Düsseldorf-Leitsätze erklären, daß wir hierbei nicht stehen bleiben wollen, sondern zur Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in der einen oder anderen Form kommen müssen. Einen nachhaltigen Erfolg werden einzelne Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn es uns gelingt, den abhängig Schaffenden durch seine Ansiedlung auf eigenem Grund und Boden mit dem Betriebe zu einer dauerhaften Leistungsgemeinschaft zusammenzuschließen. Genossenschaftliche Siedlungen, wie sie nach Kriegsende vielfach auf kirchliche Initiative entwickelt wurden, zeigen den Weg, wie überhaupt das Genossenschaftswesen einen guten Ansatzpunkt für die Verflechtung des arbeitnehmenden Verbrauchers mit der wirtschaftlichen Verantwortung bilden dürfte, wobei allerdings die Genossenschaft aus einer schädlichen parteipolitischen Bindung herauszuhalten wäre. Wenn einmal mit der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung und am Gewinn des Unternehmens der Anfang gemacht worden ist, werden auch die Eigentumsverhältnisse in den Grundindustrien in einem anderen Lichte erscheinen. Daß sich dieses Problem nicht in der Ablösung einiger privater Kapitalbesitzer durch den Mammutkapitalisten Staat erschöpft, dürfte an Hand der russischen und britischen Erfahrungen mit der Staatswirtschaft jedem klar geworden sein.

Weshalb ist bei aller Anerkennung der Berechtigung sozialer Forderungen und der Notwendigkeit ihrer Befriedigung noch nicht mehr geschehen? Ueber zugeknöpfte besitzbürgerliche Herzen und

in Berlin niemals eine Verwaltungsreform vom Scheitel bis zur Sohle durchgeführt werden können. Die Wahlen zum Bundestag haben auch in Berlin ihre Wirkung nicht verfehlt. Es gibt sichtbare Zeichen dafür, daß es heute in Berlin keine marxistische Mehrheit mehr geben würde, wenn am 14. August, wie im Westen, gewählt worden wäre. Die Wähler haben in wenigen Monaten die Wirkungen sozialdemokratischer Magistratspolitik am eigenen Leibe gespürt. Da alles andere bisher nichts geholfen hat, wird vielleicht ein grundsätzlicher Wandel helfen.

Um aber die letzte Möglichkeit einer Zusammenarbeit zu erschöpfen, will die Berliner CDU dem Berliner Magistrat noch einmal bestimmte Forderungen vorlegen. Von der Antwort des Magistrats wird es abhängen, ob die Koalitionskrise zum offenen Ausbruch kommt. Verläßt die CDU die Koalition, so wird sich die FDP wahrscheinlich anschließen.

Hirne dürfen wir hinweggehen. Weder ihre echten egoistischen noch ihre volkswirtschaftlich verbrämten Scheingründe halten eine Prüfung stand. Aber auch in Kreisen, denen die soziale Frage ein inneres Anliegen bedeutet, trifft man häufig auf Zurückhaltung, die ihre Wurzeln in der Sorge finden dürfte, ob der Arbeitnehmer heute fähig sei, die ihm durch die Entwicklung bereits zugefallene Verantwortung zu übernehmen. Hier gilt es, ein Versäumnis der Vergangenheit nachzuholen. Durch das wenig weiblickende Verhalten vieler Unternehmer wie auch durch die häufig falsch gehandhabte Führung in seinen Verbänden wurde der Arbeitnehmer vielfach zum verneinenden Revolutionär, nicht aber zum aufbauenden Evolutionär erzogen. Die beste Erziehung zur Verantwortung ist und bleibt aber immer die Betreuung mit Aufgaben, deren Lösung sich am eigenen Leibe auswirkt. Ein an Leitung und Gewinn des Unternehmens beteiligte Arbeitnehmerschaft wird sich unter dem Zwang der Tatsachen sehr schnell in die ihr gestellten Aufgaben hineinfinden. Es liegt auf der Hand, daß dabei das bloße Mitbestimmungsrecht ohne den sichtbaren Erfolg oder Mißerfolg im Beteiligungskonto des Bestimmenden auf die Dauer mehr Nachteile als Vorteile in sich birgt.

Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, in aller Öffentlichkeit — die Dinge sind dafür genügend vorgeschritten — nicht nur den theoretischen, sondern auch den praktischen Teil der sozialen Frage zu erörtern. In den kommenden Monaten sollten in den Verbänden der CDU/CSU die bisher gemachten Erfahrungen einer Neuordnung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer in breiter Form bekanntgemacht und diskutiert werden. Als Partei, die sich die Zusammenfassung aller christlichen Kräfte im politischen Raum zur Aufgabe gemacht hat, folgen wir eigenen Gesetzen. Wir sollten bei unserer Arbeit so grundsätzliche Äußerungen nicht überhören, wie die des Bochumer Katholikentages, der doch immerhin den bewußt lebenden Teil des deutschen Katholizismus zum Sprechen brachte, und der in seinen Entschlüssen feststellen mußte: „Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit.“

Zeitgemäße Pädagogik

Einen beachtlichen Vorschlag zur Schulreform unterbreitete neue schleswig-holsteinische Volksbildungsminister, Wilhelm Giel, der vor einer Lehrerversammlung in Ahrensburg einen programmatischen Vortrag über seine Schulpolitik hielt. Der hierüber verbreitete Bericht enthält folgende Richtlinien: „Als unvereinbar mit der Erziehung der Schüler zu verantwortlich handelnden Menschen bezeichnete Minister Siegel das Verhängen von Strafen wie Nachsitzen oder Strafarbeiten. Auf ein Verbot der körperlichen Züchtigung könne nur so lange verzichtet werden, solange die Lehrer noch unter Verhältnissen, die ihre Kräfte übermäßig beanspruchen, unterrichten müssen.“

Dr. von Brentano Fraktionsvorsitzender

Die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag hat mit großer Mehrheit den hessischen Abg. Dr. von Brentano zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt. Die Neuwahl war notwendig geworden, da der bisherige erste Vorsitzende Dr. Adenauer zum Bundeskanzler gewählt, und von den Stellvertretern Jakob Kaiser und Dr. Schäfer zu Ministern ernannt wurden. Der weitere stellvertretende Vorsitzende Dr. Holzapfel hatte gebeten, wegen seines Gesundheitszustandes von seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden abzusehen. Ebenso hatte Abg. Dr. Lehr eine Kandidatur wegen Arbeitsüberlastung abgelehnt. Die Mitglieder des engeren Vorstandes werden nach Wiederzusammentritt des Bundestages Mitte Oktober gewählt.